



Mit jungen Politikern und Führungskräften aus der Verwaltung der Russischen Föderation

## Liebe Leserinnen und Leser,

die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages hat in dieser Woche mit einer außerordentlichen Sitzung der CDU/CSU-Fraktion in Leipzig begonnen. Damit wollten wir die vielen Menschen ehren, die mit ihrer Freiheitsliebe und ihrem Mut bei den Gebeten in Kirchen und mit ihren Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 das Ende der SED-Diktatur in der DDR eingeläutet haben. Die friedliche Revolution, die auch und gerade von Leipzig ausging, war ohne Gewalt erfolgreich. Sie ist eine Gnade und ein Glück in der Geschichte unseres Volkes. Sie ist Grund großer Freude für uns alle.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sieht sich den mutigen Bürgern von 1989 verpflichtet. Wir in der Union standen immer für die Deutsche Einheit ein, heute arbeiten wir an der inneren Einheit. Dazu gehört für uns eine fortgesetzte und intensive Aufarbeitung des SED-Unrechts und eine Unterstützung der Opfer. Zudem sprechen wir uns für einen besseren Zugang zu den Archiven des Unrechts aus und wollen Licht ins Dunkel der Zwangsadoptionen in der DDR bringen. Dies haben wir in unserem „Leipziger Aufruf“ ([hier abrufbar](#)) bekräftigt.

## Herzliche Grüße

**Hans-Peter Friedrich**

### Diese Woche

Masern- Impfen schützt unsere Kinder	2
Wir entlasten Wirtschaft, Bürger und Verwaltung	3
Kinder auch in der digitalen Welt schützen	4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





## Masern - Impfen schützt unsere Kinder

**Masern sind auf dem Vormarsch.** Bis Mitte Juli wurden 457 Masernfälle in Deutschland gemeldet. Zum Vergleich: 2018 waren es im ganzen Jahr 543 Fälle.

**Eine Masernvirusinfektion ist keine harmlose Erkrankung.** Sie verursacht eine vorübergehende Immunschwäche von mindestens sechs Wochen Dauer. Als Konsequenz kann eine erhöhte Empfänglichkeit für bakterielle Superinfektionen bestehen. Eine besonders gefürchtete Komplikation ist die Hirnhautentzündung. Das betrifft etwa 10 von 10.000 an Masern erkrankten Personen. Von diesen zehn Erkrankten sterben ein bis zwei. Bei etwa zwei bis drei Betroffenen bleiben schwere Folgeschäden, wie eine geistige Behinderung und Lähmungen zurück.

Dies ist umso bedrückender, als heute sehr gute, wirksame und verträgliche Masern-Impfstoffe zur Verfügung stehen. Der Lebendimpfstoff gegen Masern wird seit über 40 Jahren weltweit verabreicht. Die heutigen Impfstoffe sind sicherer als je zuvor.

**Die Ausbreitung von Masern kann also unterbunden werden.** Dafür müssen allerdings mehr als 95 Prozent der Bevölkerung einen Impfschutz haben (sog. Herdenimmunität). In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass Menschen, die sich selbst nicht impfen lassen können – dazu zählen Neugeborene bis neun Monate, Schwangere, ältere (multimorbide) Menschen und chronisch Kranke – auf eine hohe Impfquote angewiesen sind. Das Robert-Koch-Institut schätzt die Zahl dieser Gruppe auf rund zwei Prozent der Bevölkerung, d.h. rund 1,7 Millionen Menschen. Schutzimpfungen sind aus diesem Grund neben dem individuellen Schutz also auch für die öffentliche Gesundheit von Bedeutung.

Trotz wiederholter Informationskampagnen und einer zum Teil hohen medialen Aufmerksamkeit, insbesondere zu Zeiten von Ausbrüchen, konnten die Impfquoten leider nicht verbessert werden. Nach reiflicher Überlegung und Diskussion wurde daher ein Gesetzentwurf erarbeitet, der vorsieht, überall dort eine **Masernimpfpflicht** einzuführen, **wo Menschen täglich in engen Kontakt miteinander kommen**. So ist vorgesehen, dass alle Kinder beim Eintritt in die Schule oder den Kindergarten beide, von der Ständigen Impfkommission empfohlenen Masern-Impfungen vorweisen müssen. Auch bei der Betreuung durch eine Tagesmutter muss ein Nachweis über die Masernimpfung erfolgen. Gleiches gilt für Personen, die in Gemeinschaftseinrichtungen oder medizinischen Einrichtungen tätig sind, wie Erzieher, Lehrer, Tagespflegepersonen und medizinisches Personal.



In meinem Video ([hier abrufbar](#)) beantworte ich vier Fragen rund um das Thema „Masernschutzgesetz“.

*„In dieser Woche hat die erste Lesung des Masernschutzgesetzes stattgefunden. Wir sind also noch ganz am Anfang des parlamentarischen Verfahrens, an dessen Ende die bestmögliche Lösung stehen wird.“*



## Wir entlasten Wirtschaft, Bürger und Verwaltung

In dieser Woche haben wir das Bürokratieentlastungsgesetz III in erster Lesung beraten, um damit eine Reihe von Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft, Bürger und Verwaltung im Umfang von rund 1,1 Milliarden Euro pro Jahr auf den Weg zu bringen. Das sind sehr gute Nachrichten, insbesondere für die 3,6 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland.

Darunter sind drei Kernmaßnahmen:

- Erstens die **Einführung einer elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung**;
- zweitens eine **Erleichterung für die Archivierung von elektronisch gespeicherten Steuerunterlagen** (die elektronischen Aufbewahrungsfristen von Steuerunterlagen werden von zehn auf fünf Jahre halbiert und Betriebsgründer müssen ihre Umsatzsteuervoranmeldung nur noch vierteljährlich und nicht wie bisher monatlich abgeben);
- sowie drittens die **Einführung einer Option eines digitalen Meldescheins im Beherbergungsgewerbe**. Damit kann insbesondere für Bürger das Ausfüllen eines Hotelmeldescheins bei Ankunft wegfallen.

## Grundsteuerreform ist auf den Weg gebracht

Nachdem das Verfahren zur Grundsteuererhebung Anfang 2018 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden war, hatte der Bundesgesetzgeber den Auftrag, die Grundsteuer bis Ende 2019 zu reformieren. Heute wurde die Grundsteuerreform im Bundestag schließlich beschlossen und wir konnten damit eine der wichtigsten Einnahmequellen für unsere Städte und Gemeinden sichern.

Wichtig war der Unionsfraktion, eine **Öffnungsklausel** einzuführen. Damit hat nun jedes Land die Möglichkeit, ohne inhaltliche Vorgaben des Bundes sein eigenes Grundsteuer-Gesetz zu schaffen, d.h. die Grundsteuer nach anderen als vom Bundesgesetzgeber vorgegebenen Bewertungsverfahren zu erheben, angepasst an die Gegebenheiten des Landes. Damit setzen wir insbesondere auch ein **Zeichen für den föderalen Wettbewerb**.

Im Vorfeld der Grundsteuerreform wurde klar das Ziel formuliert, dass es sich um eine aufkommensneutrale Steuerreform handeln soll. Am Ende soll also das Aufkommen der Grundsteuer insgesamt in Höhe von ca. 14 Milliarden nicht erhöht werden. Ein wichtiger Baustein ist dabei aber der kommunale Hebesatz, den die Kommunen selbst bestimmen dürfen. Es ist nun an den Städten und Gemeinden ihre Hebesätze an das neue Bewertungsrecht so anzupassen, dass dieses Ziel auch erreicht werden kann.



## Kinder auch in der digitalen Welt schützen

In erster Lesung haben wir über eine Änderung des Strafgesetzbuches beraten, mit der die Versuchsstrafbarkeit des sogenannten Cybergroomings eingeführt wird.

Das bereits heute strafbare Cybergrooming ist die gezielte Ansprache von Kindern im Internet mit dem Ziel, sexuelle Kontakte anzubahnen. Straftatbestand ist jedoch nicht, wenn der Täter lediglich glaubt, auf ein Kind einzuwirken, er aber mit einem Erwachsenen kommuniziert, zum Beispiel mit einem Elternteil oder einem Polizeibeamten.

Auf Druck der Union wird sich das jetzt ändern. Nachdem es in der letzten Legislaturperiode vom Bundesjustizministerium und vom Koalitionspartner immer wieder abgelehnt worden ist, haben wir es in den Koalitionsvertrag verhandelt. Nun liegt der längst überfällige Gesetzentwurf endlich vor.

Die jetzt anstehenden parlamentarischen Beratungen wollen wir nutzen, um den Schutz der Kinder noch weiter auszubauen: Der Besitz von Kinderpornografie sollte mit bis zu fünf statt bisher nur drei Jahren Gefängnis bestraft werden können. Die Mindeststrafe für sexuellen Kindesmissbrauch sollte auf ein Jahr heraufgesetzt werden.

## International im Austausch bleiben!



Mit jungen Politikern und Führungskräften aus der Verwaltung der Russischen Föderation habe ich mich in dieser Woche über die aktuelle politische Lage in Deutschland ausgetauscht. In dem Gespräch wurde klar, wie wichtig es ist, in ständigem Dialog und Austausch zu sein und die Grundlage dafür zu schaffen, Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

Herzlichen Dank an die Hanns-Seidel-Stiftung für die Einladung und Betreuung der Delegation!





## Klimaschutz und Wirtschaft müssen vereinbar sein

Mit Besuchern aus Hochfranken habe ich intensiv über das Thema Klimaschutz diskutiert sowie über den Ausbau der Stromtrassen und des Schienennetzes in unserer Heimat. Einig waren wir uns dabei, dass wir mehr Klimaschutz wollen, aber dass er mit der Wirtschaft vereinbar sein muss. Das heißt also Einsparung von CO2 einerseits, Investition in die Entwicklung neuer, sauberer Technologien für die Industrie, die Gebäude, das Fahren und das Fliegen andererseits. Vorbildfunktion hat dabei die Stadt Wunsiedel. Die Stadtwerke Wunsiedel bauen seit Jahren erfolgreich eine regionale und nachhaltige Energieversorgung auf und setzen auf Wasserstoff als wichtigen Energieträger der Zukunft.

Vielen Dank für Ihren Besuch! Ich freue mich auf ein Wiedersehen in der Heimat.



© Bundesregierung / Atelier Schneider

### Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: [hans-peter.friedrich@bundestag.de](mailto:hans-peter.friedrich@bundestag.de),  
Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat